

ALLIGATOR



Rundbrief der GRÜNEN LIGA e.V.

06/10 • 21. Jahrgang

07/10

Roadmap 2050.....	2
ALLIGATOR-Intro.....	2
Der Elsterfloßgraben.....	4
Biodiversität.....	5
Solarfeuerwehr Kerkwitz.....	6
Drei Tage im Mai.....	7
Vegetarischer Wochentag.....	8
Artenschutz.....	9
Vattenfall soll zahlen.....	10
Natürlich engagiert.....	11
Rauchschwalbentagung.....	12
Leserbriefe/Termine.....	13
Buchtipp	14
Dies & Das	15
Adressen.....	16

Erneuerbare Energien

Der Fahrplan zur Sonne

Bild: Titelseite
Copyright Marc
Wiemers

Am 13. April 2010 wurde eine bemerkenswerte Studie der Europäischen Klimastiftung ECF unter dem Stichwort „Roadmap 2050“ vorgestellt. Die Studie stützt sich auf Analysen von fünf erfahrenen Institutionen, die für alles andere als „grüne Spinnereien“ bekannt sind: das Imperial College London, Kema, McKinsey Co., Oxford Economics und das Office of Metropolitan Architecture. Darin geht es um den Vergleich realistischer Wege zu einer klimaneutralen europäischen Energieversorgung bis zum Jahre 2050. An der Studie arbeiteten Vertreter großer deutscher und europäischer Stromversorger (RWE, Vattenfall, E.on), führender Netzbetreiber (Tennet, Energienet/DK, Entso-e), Hersteller von Kraftwerkstechnik (Siemens, Vestas) und Umweltorganisationen (WWF, Germanwatch, E3G) mit. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass eine Vollversorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien für ganz Europa machbar ist. Zudem wird glasklar nachgewiesen, dass das weder teurer noch weniger verlässlich ist als das heutige System. Dabei wird nicht auf künftig mögliche neue technische Errungenschaften spekuliert, die Studie setzt nur auf bereits vorhandene Technologien. Sie bezieht lediglich 15 Prozent Solarstrom aus Kraftwerken in Nordafrika und eine stärkere Nutzung der Erdwärme in die Kalkulation ein.

Die deutsche Politik scheint dies allerdings nicht zu glauben, sie steuert jedenfalls kräftig dagegen. Anfang des

Jahres war die Solarförderung bereits turnusmäßig um neun Prozent gesunken. Nach einem schwarz-gelben Gesetzentwurf soll die Einspeisevergütung für Solarstrom von Dachanlagen ab dem 1. Juli um zusätzliche 16 Prozent gekürzt werden. Die Beihilfen für Anlagen für Freiflächen sollten um elf Prozent fallen, die Förderung von Anlagen auf Ackerflächen ganz gekappt werden. Im Bundesrat wurde bereits gegen den Gesetzesvorstoß interveniert, mit Kanzlermehrheit kann dem dennoch zugestimmt werden. Umweltverbände wie Politiker fordern – fraktionsübergreifend – Nachbesserungen. Die Solarförderung müsse in kalkulierbaren und maßvollen Schritten abgesenkt werden, damit zukunfts-trächtige Strukturen nicht zerschlagen würden, erklären sie. Von der Gefährdung mehrerer tausend Arbeitsplätze ganz zu schweigen. Angesichts des erreichten Standes der Fachdiskussion provozieren die energiepolitischen Vorhaben der Bundesregierung energischen Widerspruch. Dabei stehen Befürworter und Gegner der Kernenergie vor den gleichen Herausforderungen:

Es ist unstrittig, dass die Energieversorgung langfristig mit Sonnenenergie in ihren verschiedenen Formen auskommen muss. Denn Öl, Gas und Uran reichen nur noch einige Jahrzehnte, sicher nicht mehr einige Jahrhunderte. Die Expertin Astrid Schneider weist in ihrem Buch „Störfall Atomkraft“ nach, dass auch das Uran in weniger als hundert Jahren am Ende ist. Es ist unstrit-

tig, dass die Sicherung der Energieressourcen anderer Länder ein Hauptgrund für die Kriege der letzten Jahre ist. Im Irak und in Afghanistan ging es um nichts anderes. Der amerikanische Sicherheitsexperte Zbigniew Brzezinski hat die Schlüsselrolle des Nahen und Mittleren Ostens für die globale Energieversorgung, ja sogar für die Weltherrschaft, in seinem Buch „Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ betont – zwei Jahre vor dem 11. September 2001. Jetzt fehlt nur noch der Iran zur Umsetzung der macht- und energiepolitischen Träume der USA in Zentralasien.

Es ist unstrittig, dass sich die Risiken der Kernenergienutzung mit längeren Laufzeiten erhöhen. Zudem sind Kernkraftwerke gegen Krieg und Terror nicht zu schützen. Schließlich ist die Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle nicht gelöst. Man denke an die Skandalgeschichten von Asse, Gorleben und Morsleben. Dort ist bis heute Geheimhaltung, das Ausradieren unbequemer wissenschaftlicher Positionen wie der fahrlässige technische Umgang mit Atommüllfässern an der Tagesordnung. Beängstigend ist zudem die Bereitwilligkeit, mit der führende Politiker den Atommüll aus Kernkraftwerken und Kernforschungszentren auf Kosten der Steuerzahler und unter Missachtung begründeter Warnungen verschwinden lassen wollen. Es ist unstrittig, dass die militärische von der friedlichen Nutzung



Die Operation „Top Kill“ ist gescheitert und das Öl fließt weiter. Auf BP werden dafür immense Forderungen zukommen, zumindest was das Finanzielle angeht. Die langfristigen Kosten, die diese Umweltkatastrophe für die betroffenen Lebensräume und Ökosysteme noch nach sich ziehen wird, werden – wie so oft – andere zu tragen haben. Da bekommt das sprichwörtliche „Schwarz-Sehen“ eine bitterernste Präsenz. Bleibt zu hoffen, dass schnell brauchbare Lösungen gefunden werden und diese Katastrophe, wenn auch zu einem sehr hohen Preis, als Auslöser dazu dienen wird, die zukünftigen Sicherheitsstandards so hoch festzuschreiben, dass solche Vorkommnisse sich nicht wiederholen können.

Zwei Leserbriefe erreichten uns in Bezug auf die letzten Alligatoren. Ich begrüße den sachlichen Meinungsaustausch und freue mich auf interessante Diskussionen, die daraus noch entstehen könnten.

// Anke Siegert

Impressum

Herausgeber

GRÜNE LIGA e.V.

Netzwerk ökologischer Bewegungen

Anschrift

GRÜNE LIGA e.V.

Bundesgeschäftsstelle

Greifswalder Str. 4, 10405 Bertin

Tel. 030/2044745, Fax: 030/2044468

alligator@grueneliga.de

V.I.S.D.P.: Klaus Schlüter

Redaktion

Anke Siegert

Layout

Alexandra Hennig

Fotos: namentlich gekennzeichnet,

sonst ALLIGATOR-Archiv

Jahresabo

18,- EUR, Förderabo 25,- EUR

Für Mitglieder der GRÜNEN LIGA im

Mitgliedsbeitrag enthalten.

Auflage

1.100

Spendenkonto

80 25 67 69 00

GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 430 609 67

(Kennwort: ALLIGATOR)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen

nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Nachdruck und Weiterverbreitung der Texte nur

mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.

der Kernenergie nicht wirksam getrennt werden kann. Für die heutigen Atomwaffenstaaten USA, Russland, Frankreich, Großbritannien, Israel, Pakistan und Indien war die friedliche Nutzung der Kernenergie zunächst nur Mittel zum Zweck, und der Zweck war die Atombombe.

Es ist unstrittig, dass die Kernenergienutzung von Anfang an massiv direkt und indirekt subventioniert wurde.

Es ist unstrittig, dass der Ausbau der Solarenergienutzung (Strom aus Sonne, Wasser, Wind und Biomasse) viel schneller erfolgte, als alle Fachleute erwartet haben. Der ursprünglich geplante Ausbau der Kernenergienutzung blieb dagegen weit hinter den Prognosen zurück.

So besteht die begründete Hoffnung, dass durch den Aufbau gut durchdachter Netzstrukturen Ertragsschwankungen der Solarenergienutzung stark verringert oder ganz ausgeglichen werden können. In dieser Richtung wird in Nordeuropa bereits gearbeitet. Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Dänemark, die Niederlande, Irland, Luxemburg und Norwegen arbeiten an der „North Seas Countries' Offshore Grid Initiative“. Ein 580 Kilometer langes Unterseestromkabel zwischen den Niederlanden und Norwegen liegt bereits. Die Niederlande wollen überschüssigen Windstrom in norwegische Pumpspeicherstauseen abgeben und bei Windstille den Strom aus den Seen zurückholen.

Ebenso können wir hoffen, dass ein gewaltiges Netz im Mittelmeerraum Anlagen verbindet, die Sonnenenergie auf unterschiedliche Weise in Strom umwandelt – und dies in einem Maße, dass ein Teil davon nach Nordeuropa geleitet werden kann. Die Arbeiten an Desertec – Strom aus der Wüste auch für Mitteleuropa – haben begonnen. Diese Hoffnungen dürfen nicht verschleiern, dass solche neuen großräumig angelegten Energiekonzepte auch mit schwer abwägbaren neuen Schwierigkeiten belastet sind. Es geht neben den technischen Tücken im Detail, die jede neue technische Entwicklung begleiten, um Politik mit teilweise politisch problematischen Partnern, um viel Geld im Bereich von Dutzenden von Milliarden Euro, das sich auch rechnen soll. Es geht auch um Machtkonzentration, die zu Missbrauch verführen kann, wie wir das von unseren

deutschen Energiegiganten erlebt haben. Es geht schließlich auch um Schutz vor Zerstörung und Naturgewalten und darum, wie viel erneuerbare Energie man braucht, um diese gewaltigen Systeme aufzubauen und zu erhalten.

In der Auseinandersetzung mit den großen, auf zentrale Energieversorgungssysteme orientierten Konzernen und angesichts der Erfolge bei der Solarenergienutzung gab es die Vorstellung, den gesamten Energiebedarf mit kleineren dezentralen Systemen zur Energiegewinnung decken zu können. Diese Hoffnung halte ich insbesondere für Großstädte und Industriezentren, die zuverlässig kalkulierbare Energiebereitstellung und hohe Energiedichten brauchen, für gewagt.

Klar ist: Der Fahrplan zur Sonne ist ein längerfristiges Projekt. Doch Politik und Verbraucher können schon jetzt auf den Zug zur Sonne aufspringen,

- indem sie den Ausbau der Solarenergie nachdrücklich unterstützen und den Zuschlag auf der Energierechnung akzeptieren. Er macht pro Monat kaum mehr als zwei Euro aus.

- indem bei den anrollenden großtechnischen Solarenergieprojekten auf die Kontrolle der Macht und des Marktes geachtet und das Zusammenspiel mit dezentralen Solarenergiesystemen technisch und wirtschaftlich fair gewährleistet wird.

- indem keine Steuergelder für eine (verkappte) militärische Beteiligung an Kriegen um Energieressourcen missbraucht werden.

- indem der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie fortgesetzt wird. Jede Verlängerung der Laufzeiten behindert die Sonnenwende und schafft noch mehr Atommüll.

Tschernobyl ist 24 Jahre her. Jene mit Gedächtnisverlust haben die Katastrophe samt ihrer Lehren vergessen. Die Jungen kennen Tschernobyl lediglich als Geschichte, die nie unter die eigene Haut ging. Die Folgen halten aber noch Jahrzehnte bis Jahrhunderte an.

// Sebastian Pflugbeil



Sebastian Pflugbeil hat als Vertreter der DDR-Opposition 1989/90 in der Regierung Hans Modrow als Umweltminister den Weg für die Abschaltung sämtlicher Kernkraftwerke auf dem Gebiet der DDR geebnet. Und dies obwohl Energiekonzerne aus den alten Bundesländern bereits ihr Interesse an deren Weiterbetreuung bekundet hatten. Seit Langem ist der promovierte Physiker Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Strahlenschutz.

Quelle und Copyright: Publik-Forum, kritisch – christlich – unabhängig, Oberursel, Ausgabe 8/2010.
www.publik-forum.de

Anmerkung der Alligator-Redaktion: Am 06.05.2010 hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eine Pressemitteilung herausgegeben, in der bekannt gegeben wurde, dass der Deutsche Bundestag der Novelle des Erneuerbaren Energie Gesetzes (EEG) zugestimmt hat. Die vollständige Pressemitteilung finden Sie unter: www.erneuerbare-energien.de/inhalt/45985/4590/

Tobias Rieprecht

„Bringstu holtz, kriegstu soltz“

Der Elsterfloßgraben als gewachsene Kulturlandschaft



Die Mündung des Floßgrabens in die Pleiße.

Das Bild wurde von Martin Geißler gemacht und unterliegt einer GNU-Lizenz.

Tobias Rieprecht ist Mitarbeiter des Ökolöwen – Umweltbund Leipzig e.V. und betreut dort das Projekt Natur- und Artenschutz mit.

Der Elsterfloßgraben ist ein Kanal, der Ende des 16. Jahrhunderts zum Transport von Holz angelegt wurde. Ursprünglich sollte das Holz vom Vogtland nach Poserna (östlich von Weißenfels) gefloßt werden. Dort hatte August I., Kurfürst von Sachsen, den Bau einer Saline veranlasst, um nicht mehr von der Hallenser Saline abhängig zu sein, die bisher Salz für Sachsen lieferte. Weil für die Herstellung von Salz große Mengen Brennholz benötigt wurden, ließ Kurfürst August I. den 77,5 Kilometer langen Kanal bauen. Der Elsterfloßgraben wurde mit Wasser aus der Weißen Elster gespeist und diente bei erhöhten Niederschlägen und Hochwasser als Abflussmöglichkeit, um Überschwemmungen vorzubeugen. Da sich bereits während der Bauzeit des Kanals herausstellte, dass die Saline in Poserna nicht rentabel war, wurde sie wieder geschlossen. Man entschied, stattdessen, Holz für die Saline in Halle zu liefern. Unter dem Motto „bringstu holtz, kriegstu soltz“ wurde ein Vertrag mit den Hallensern geschlossen. Über die Jahrhundertwende wurde der Graben auf insgesamt 93 Kilometer ausgebaut. Von 1608 bis 1610 entstand ein Abzweig, der über Pegau und Zwenkau bis nach Leipzig reichte – der Leipziger Floßgraben. In den Bau des Leipziger Floßgrabens wurden Teile von bereits bestehenden Fluss- und Grabensystemen wie Elster, Batschke

und Pleiße mülhgraben miteinbezogen. Leipzig wurde über den Graben bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts mit Brennholz versorgt. Auf dem Floßplatz, der damals noch vom Pleiße mülhgraben bis an die heutige Karl-Liebknecht-Straße reichte, stapelte man bis zu 7.000 Klafter Holz; das entspricht ungefähr 21.000 Kubikmeter, beziehungsweise einer Fläche von drei Fußballfeldern. Nach und nach verdrängte die Braunkohle das Holz als Brennstoff. Mit dem stetigen Ausbau von Straßen

und Eisenbahnlinien wurde 1864 die Flößerei auf dem Elsterfloßgraben endgültig eingestellt. Der Leipziger Floßplatz wurde bereits 1856 geschlossen und in den folgenden Jahren mit Häusern bebaut. Durch den Verkauf von Wasserrechten zum Beispiel für das Nutzen von Wassermühlen blieb das wirtschaftliche Interesse am Floßgraben bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts erhalten. Ein Zweckverband kümmerte sich bis 1952 um die Instandhaltung des Grabens, der aber Ende der fünfziger Jahre durch die Bergbaumaßnahmen in der Leipziger Region zerschnitten wurde. Mit der Stilllegung der Tagebaue, der darauf folgenden Renaturierung und den „Tagebaufolgelandschaften“ wurden einige Abschnitte des Elsterfloßgrabens wieder verbunden. Heute gilt der Elsterfloßgraben als technisches Denkmal

der Wirtschaftsgeschichte und überregional bedeutendes Ingenieurbauwerk Mitteldeutschlands. Der Leipziger Floßgraben als Teil des Auwaldes ist für Leipzig aber viel mehr als ein Denkmal. Als Landschaftsschutzgebiet bietet er einen Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten wie den Eisvogel, Bunt- und Schwarzspechte, Erdkröten, Moorfrösche, Rotbauchunken, Wasserkrebse, Ringelnattern, sowie den Aronstab und den Bachnelkenwurz. Im Augenblick steht der Leipziger Floßgraben besonders im Fokus der Leipziger BürgerInnen. Denn seit einigen Wochen erhitzen die touristischen Nutzungskonzepte der Städte Markkleeberg und Leipzig die Gemüter. Die völlige Umgestaltung der Ufer und Böschungen und die Abholzung zahlreicher gesunder Bäume am Floßgraben werden von den Ämtern als bloße Instandhaltungsmaßnahmen verkauft. Doch der Widerstand von Bürgern und Naturschutzverbänden gegen diese rein wirtschaftlichen Interessen wächst von Tag zu Tag.

// Tobias Rieprecht

Weitere Informationen zur Geschichte des Floßgrabens finden Sie im Buch „Der Elsterfloßgraben. Geschichte und Gestalt eines technischen Denkmals“ von Svetoslav Andronov oder in einer kürzeren Fassung unter: www.dgamn.de/uploads/mbl21/Mitteilungen21-web-schulz.pdf



Historische Zeichnung zum Floßplatz.

Urte Grauwinkel

Ernährungssouveränität und Biodiversität

Biologische Vielfalt steht in unseren Breiten für Kulturpflanzen-, Sorten- und Nutztierassensivielkeit. Sie ist unser „genetisches Potential“ und unverzichtbar sowohl für die Pflanzenzüchtung als auch für die Welternährung. Die Mehrheit unserer Kulturpflanzen hat die Menschheit 3.000 Jahre geprägt – die Domestikation von Pflanzen und Tieren als Grundlage für Nahrung, Kleidung und Medizin. Diese Vielfalt ist innerhalb weniger Jahrzehnte laut der Food and Agriculture Organization (FAO) um 75 Prozent zurückgegangen, mit ihr alte, an Böden und Klima angepasste Landsorten, eine breite Geschmackspalette und unzählige Resistenzgene.

Die biologische Vielfalt der Nutzpflanzen ist gefährdet

Von den ursprünglich 100.000 Landsorten Reis waren in den 1930er Jahren nur noch 30.000 vorhanden, in den 1970er Jahren kamen nur noch zwölf Sorten zum Anbau. Von den 7.000 Apfelsorten und 2.500 Birnensorten sind 87 Prozent im Laufe der Jahre verloren gegangen. In Deutschland sind nur noch 30 Pflanzenarten im Anbau; von ehemals 1.500 Wildpflanzenarten basiert die Welternährung heute auf zehn Kulturpflanzen. Die Züchtung und Weiterentwicklung der Pflanzen erfolgte in den letzten Jahrzehnten entsprechend den Anbaubedingungen, um die Ertragsfähigkeit der einzelnen Sorten für die agroindustrielle Produktion und maschinelle Nutzung sicher zu stellen. So erfüllen die Landsorten nicht mehr die Qualitätskriterien der Hochleistungssorten. Gentechnisch veränderte Kulturpflanzen führen die Entwicklung von Hochleistungssorten für eine industrielle Landwirtschaft fort, mit einem gesteigerten Einsatz von Pestiziden, wenigen Sorten in Monokulturen und Abhängigkeiten der Bauern von Großkonzernen. Die internationale Gesetzgebung, in Form des geltenden Patentrechts der World Trade Organization (WTO) sowie die Konventionen über die biologische Vielfalt der Vereinten Nationen, ist derzeit eher im Sinne der Industrie ausgelegt. Damit besteht die Gefahr, dass zukünftig

mehr Landsorten vom Aussterben bedroht sein werden und das reiche genetische Angebot, das für die Ernährungssouveränität wichtig ist, um klimabedingte Schwankungen in den Regionen auszugleichen, verloren geht.

Hunger im Überfluss

Weltweit wurden im Jahr 2008 etwa 2,3 Milliarden Tonnen Getreide geerntet – mehr als je zuvor, auch in Bezug auf das Verhältnis pro Kopf der Bevölkerung. Doch nur 47 Prozent davon dienen der menschlichen Ernährung. Der Rest ist Tierfutter, Agrosprit, industrieller Rohstoff und Abfall. Unser globales Ernährungssystem ist eine der wichtigsten Ursachen für Klimawandel, Artensterben, Umweltvergiftung und Wasserknappheit, aber auch für vermeidbare Krankheiten, Kinderarbeit, Armut und Ungerechtigkeit. Einem Sechstel der Menschheit steht das Minimum an Kalorien von 1.500 bis 2.000 Kalorien pro Tag nicht zur Verfügung. Heute hungern mehr Menschen als je zuvor auf der Erde. Vor allem in Afrika stieg der Anteil in den letzten Jahrzehnten von 15 Prozent in den 1980er Jahren auf 30 Prozent im Jahr 2000, 70 Prozent davon leben auf dem Land. Deshalb lautet die zentrale Botschaft des Weltagrarberichtes 2009: Die industrielle Landwirtschaft beutet die verfügbaren natürlichen Ressourcen der Erde aus. Sie ersetzt mit Großtechnik und Agrarchemie den Einsatz menschlicher Arbeit durch fossile Energie, erfordert gewaltige Mengen an Pestiziden und Kunstdünger und verursacht rund 70 Prozent der weltweiten Süßwasser-Entnahme. Als neues Paradigma der Landwirtschaft des 21. Jahrhunderts formuliert der Bericht stattdessen: Kleinbäuerliche Strukturen, vor allem in Asien, Afrika und Lateinamerika sind die wichtigsten Garanten und die größte Hoffnung einer sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen Lebensmittelversorgung der wachsenden Weltbevölkerung.

Vielfalt statt Monokulturen

In den Ländern des Südens gibt es „Behüterinnen des Saatgutes“ – weise

Frauen, die in kleinbäuerlicher Landwirtschaft ihre Landsorten erhalten, nachbauen und weiterzüchten. So



können sich diese Sorten den Herausforderungen des Klimawandels anpassen. In Nordindien baut der Bauer Sankappa die alte Hirsesorte *setaria italica* an und trotz so den extremen Dürrezeiten der letzten Jahre, um die Ernährung in der Gemeinde zu sichern. In Deutschland setzt die Firma Dreschflegel auf samenfeste Sorten aus langjähriger Sortenentwicklung. Die Pflanzen zeichnen sich durch Robustheit und Toleranz gegenüber Krankheiten und Schädlingen sowie die Fähigkeit auch unter ungünstigen Bedingungen Pflanzennahrung aus dem Boden zu erschließen aus.

Daran zeigt sich, dass die Erhaltung der Agrobiodiversität unverzichtbar ist, um künftige Probleme des Klimawandels zu meistern. Agrargenetische Ressourcen können von fundamentaler Bedeutung für die Anpassungsfähigkeit an Klimaveränderungen sein. Nicht die Gentechnologie oder neue Pestizide werden die Welternährung sichern, sondern das traditionelle Wissen um angepasste Landsorten, wenn in Zukunft noch hochwertigere Lebensmittel für alle erzeugt werden sollen.

// Urte Grauwinkel

Quellen: Agrarkoordination 2007, Atlas der Globalisierung- Die neuen Daten und Fakten zur Lage der Welt (LE MONDE diplomatique 2006), GTZ Agrobiodiversität und Klimawandel und der Weltagrarbericht 2009 siehe unter: www.weltagrarbericht.de.

GRÜNE LIGA Brandenburg

Solarfeuerwehr Kerkwitz – Investieren in die Zukunft

Genossenschaft vergibt Solaranteile in bedrohtem Dorf

Foto: Kerkwitz,
aufgenommen von
René Schuster

Während die brandenburgische Landesregierung Kerkwitz und weitere Dörfer in der Lausitz für neue Braunkohleabbaue umsiedeln will, besteht nun bundesweit die Möglichkeit, direkt in die Zukunft von Kerkwitz zu investie-

ren. Die Solargenossenschaft Lausitz vergibt Anteile an einer Solaranlage, die auf dem Dach des Feuerwehrhauses des Dorfes entstehen soll. Der Umweltverband GRÜNE LIGA fordert dazu auf, auf diesem Wege ein Zeichen für

die Zukunft des Ortes zu setzen. „Die Bedrohung benachbarter Orte durch den Kohlebergbau war einer der Anlässe für die Gründung unserer Solargenossenschaft in Guben. Wir wollen etwas für nachhaltige Energieerzeugung in der Region tun. Die ersten fünf Objekte 2010 unserer Genossenschaft werden in Kürze fertiggestellt sein. Das sechste soll direkt im bedrohten Dorf Kerkwitz entstehen.“ sagt Matthias Bärmann von der Solargenossenschaft Lausitz.

René Schuster von der GRÜNEN LIGA – Gruppe aus Cottbus sagte: „Wer einen Anteil der Solarfeuerwehr Kerkwitz kauft, setzt ein Zeichen dafür, dass Kerkwitz bleibt. Vattenfall und die Brandenburger Landesregierung wollen Kerkwitz abbaggern, wir wollen es retten.“ Schuster kündigte an, die Aktion in Berlin zu präsentieren: „Als Umweltverband ist es uns wichtig, dass sich auch Menschen außerhalb der Lausitz zu Kerkwitz bekennen. Deshalb präsentieren wir die Solarfeuerwehr Kerkwitz mit einem Stand auf dem Berliner Umweltfestival am 6. Juni. Dort können Interessenten mit der Genossenschaft und Bürgern aus der betroffenen Region direkt ins Gespräch kommen.“

Da bisher keine rechtlich wirksame Entscheidung zum von Vattenfall geplanten Tagebau vorliegt, bestehen in Kerkwitz keinerlei Baubeschränkungen. In der vom Tagebau bedrohten Region wird intensiv am Aufbau zukunftsfähiger Energieversorgung gearbeitet. Neben den Genossenschaftsanlagen entstanden und entstehen privat weitere Solardächer. Im ebenfalls bedrohten Nachbarort Atterwasch baut ein ansässiger Landwirtschaftsbetrieb derzeit eine Biogasanlage.

Hintergrundinformationen bieten die Webseiten www.solar-lausitz.de und www.lausitzer-braunkohle.de.



Anke Siegert

Drei Tage im Mai

Best practice – Exkursion im Zeichen des Gewässerschutzes

Der erste Exkursionstag führte die deutschen und tschechischen Teilnehmer in das tschechische Ústí nad Labem. Hier stellte zunächst der Referent Petr Kriz eine renaturierte Moorfläche des tschechischen Erzgebirges vor. Wir besuchten bei nass-grauem Wetter zu diesem Zwecke die „Schwarze Wiese“, in deren Umfeld circa 140 Hektar unter Naturschutz stehen. Petr Kriz erklärte die Rahmenbedingungen der Umsetzung der Schutzmaßnahmen sowie das Vorgehen der beteiligten Akteure. Im Anschluss stellte Jirka Mejsnar von Daphne Praha einige entwässerte und durch Torfgewinnung zerstörte Wiesen vor und erläuterte geplante Renaturierungsmaßnahmen. Zwei Dolmetscher, die während der gesamten Exkursion die Gruppe begleiteten, gewährleisteten eine Synchronübersetzung. Details zur Renaturierung der Moorflächen des Erzgebirges lassen sich dem Steckbrief unseres tschechischen Projektpartners auf der Webseite www.wrrl-info.de der GRÜNEN LIGA entnehmen.

Jens Weber von der GRÜNEN LIGA Osterzgebirge führte die Gruppe durch den zweiten Exkursionstag. Das Motto seines Programmes lautete: „Acht Jahre nach der Flut im Müglitztal – was haben wir gelernt?“ Jens Weber begann mit einer allgemeinen Einführung, die durch eine anschauliche Darstellung der geologischen Besonderheiten des Osterzgebirges abgerundet wurde. Im Hinblick auf das „Hochwasserentstehungsgebiet Erzgebirgskamm“ bemängelte Jens Weber eindringlich die starke Flächenversiegelung in der Umgebung und hob als besonders negatives und überflüssiges Beispiel die ehemalige Grenzzollanlage Zinnwald hervor, die die Teilnehmer auf der Weiterfahrt mit dem Reisebus kurz besichtigen konnten. Unter dem Titel „Ver-Damm-ung des Ost-Erzgebirges, Teil I“ erfolgte die Besichtigung des Hochwasser-Rückhalte-dammes Lauenstein. An einem kleinen Müglitzabschnitt bei Bärenstein präsentierte Jens Weber ein positives Beispiel des Vorgehens nach dem Hochwasser 2002, da dieser Abschnitt

nach der Überflutung weitestgehend ungestört belassen wurde.

Die nun mit allerhand Informationen ausgestatteten Teilnehmer der Exkursion wurden zum Abschluss des Vormittages zur „Biotoppflegebasis Bielatal



bei Bärenstein“ gefahren, wo sie nach einer motivierenden Evaluationsrunde bei einem tollen Mittagsimbiss in der „Biotoppflegebasis“ das bisher Gehörte und Gesehene Revue passieren lassen und Kontakte knüpfen konnten. Im Anschluss an das Mittagessen wurden Filmsequenzen gezeigt, die während des Hochwassers 2002 in Glashütte gedreht wurden. Diese zeigten eindrucksvoll die verheerenden Schäden, die das Hochwasser 2002 und besonders der Dammbruch in der Region verursachte. Man sah Lastkraftwagenanhänger, Autos und Baufahrzeuge, die von den Fluten mitgerissen wurden und gegen Häuser und etliche Gegenstände schlugen, um dann weiter mit den Wassermassen fortgetragen zu werden. Die Amateuraufnahmen gingen unter die Haut und ließen die Exkursionsteilnehmer das Ausmaß des Hochwassers mit einer Präsenz wahrnehmen, die das Fernsehen 2002 bei der Übertragung der Hochwasserschäden nicht liefern konnte.

Im Anschluss ging es dann nach Glashütte und Jens Weber zeigte Fehler auf, die nach dem Hochwasser von den Wasserämtern toleriert oder sogar veranlasst wurden. Die Prießnitz, die schon 2002 als „Bach im Korsett“ aus ihren „Nähten platze“ und damit

für die besonders staken Schäden in Glashütte verantwortlich war, wurde im Zuge der Instandsetzungsmaßnahmen noch tiefer und enger eingemauert, während die parallel verlaufende Straße eine Verbreiterung erfuhr. Um die Unbelehrbarkeit der Behörden ein letztes Mal zu demonstrieren führte uns Jens anschließend zum geplanten beziehungsweise bereits im Bau befindlichen Hochwasserdamm im Prießnitztal und lieferte somit Teil II seines Vortrages zur „Ver-Damm-ung des Ost-Erzgebirges“.

Da der Exkursionstag nun aber nicht zu einem einzigen Mahnmal und Fingerzeig auf all das, was falsch gemacht wurde, werden sollte, führte uns Jens Weber zum Abschluss seines Programmes an die Flutgedenkstätte in Weesenstein, wo ein großer Teil des Ortes 2002 zerstört wurde und danach nicht wieder aufgebaut wurde und erörterte hier mit uns: „Was uns die Kraft des Wassers gelehrt hat“.

*Begehung der
"Schwarzen Wiese"
in Usti nad
Labem. Foto: Anke
Siegert*

Fortsetzung siehe Seite 8

Dipl.-Ing. Quent Mehlhorn führt die Teilnehmer über das Gelände der ehemaligen Talsperre Krebsbach. Foto: Anke Siegert.



Am dritten Exkursionstag brachen wir in aller Frühe auf, um uns in Thüringen die zurückgebaute Talsperre Krebsbach anzuschauen. Der Dipl.-Ing. Quent Mehlhorn von der Thüringer Fernwasserversorgung führte uns durch das Gelände und erläuterte ausführlich die einzelnen Schritte des Talsperrenrückbaus sowie deren rechtliche Rahmenbedingungen.

Die Talsperre Krebsbach lag im Osten Thüringens, im Landkreis Greiz. Der in die Weiße Elster entwässernde Krebsbach wurde durch einen Steinschütt-

damm mit zentraler Lehmkerndichtung (18,5 Meter Höhe) zu einer Talsperre angestaut, die einen Gesamtstauinhalt von 0,43 Millionen Kubikmeter besitzt. Der Rückbau der Talsperre gilt in Deutschland als Pilotprojekt. Nach 30 Jahren Standzeit wies die Talsperre Sicherheitsrisiken und bauliche Mängel auf, welche, zusammen mit betriebswirtschaftlichen Überlegungen (Kosten für Sanierung und Unterhalt ohne konkreten Nutzen), die Thüringer Fernwasserversorgung 1997 dazu bewegten, den Rückbau zu veranlassen. Im Rahmen

dieses Vorhabens wurde das Absperbauerwerk weitgehend abgetragen und der Grundablass vollständig zurückgebaut. Ergänzende Maßnahmen sichern heute die biologische Durchgängigkeit des Fließgewässers. Im ehemaligen Stauraum wurde außerdem eine naturnahe Auenlandschaft initiiert (Details siehe auf der GRÜNEN-LIGA-Webseite www.wrrl-info.de).

Mit einer Teilnehmerzahl von über 35 Personen (Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Verbänden, Behörden und Planungsbüros sowie Studenten und weitere Interessierte) war die Exkursion überaus erfolgreich. Auch die letzten Exkursionen und Seminare des Projektes verzeichneten solch eine rege Teilnehmerinteresse. Wir freuen uns darüber und werden das Projekt zufrieden, wenn auch mit etwas Wehmut, Ende Juli diesen Jahres abschließen. Wir hoffen, dass die gezeigten und besprochenen Umsetzungsbeispiele der Wasserrahmenrichtlinie den beteiligten Akteuren als Anreiz, Inspiration oder sogar als Vorlage für eigene Vorhaben dienen werden und sich die Erstellung eigener Steckbriefe für Tschechien nicht nur auf Einzelfälle beschränken wird. Die GRÜNE LIGA dankt dem Bundesumweltministerium und dem Umweltbundesamt für die finanzielle Unterstützung des Projektes. // A. S.

Katrin Kusche

Mehrheit der Deutschen für vegetarischen Wochentag

Einer Umfrage zufolge stehen 60 Prozent der deutschen Bundesbürger der Einführung eines vegetarischen Wochentages positiv gegenüber. Damit hat sich die Zahl der Befürworter eines „Veggieta-ges“ allein in den letzten vier Monaten um über zehn Prozent erhöht.

Am 13. Mai 2010 feierte der weltweit erste Veggietag im belgischen Gent seinen ersten Geburtstag. Rund um den Globus haben sich im letzten Jahr Initiativen gebildet, um es den Belgiern gleichzutun. So hat in Deutschland die Stadt Bremen den ersten Schritt getan und Anfang dieses Jahres einen vegetarischen Wochentag eingeführt. Was in Belgien schon zum Alltag gehört, findet auch hierzulande mehr und mehr Zustimmung: In einer Umfrage der Agentur P.U.N.K.T. PR gaben 73 Prozent der Befragten an, sich ab und zu fleischfrei zu ernähren. 45 Prozent davon teilten mit, mindestens einmal pro Woche Fleisch und Fisch von ihrem Speiseplan zu streichen. Die Einführung eines vegetarischen Tages halten rund 60 Prozent der Befragten für eine gute Idee, zwei Drittel

davon gaben an, selbst mitmachen zu wollen. Auf Deutschland hochgerechnet entspricht dies rund 32 Millionen Menschen. Besonders der gesundheitliche Aspekt steht bei den Befragten im Vordergrund, aber auch der Tierschutz sowie ökologische Gründe nehmen an Bedeutung zu. „Wir erhalten permanent Anfragen von Städten, lokalen Initiativen, Gastronomen und Unternehmen, die einen wöchentlichen Veggietag bei sich etablieren möchten“, so Sebastian Zösch, Geschäftsführer des Vegetarierbund Deutschland (VEBU). Deshalb wurde mittlerweile eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet: Auf der Webseite www.donnerstag-veggietag.de finden Interessierte Informationen rund um den Veggietag und dessen Einführung auf lokaler Ebene. Wer zu vegetarischen Produkten greifen möch-

te, wird heutzutage nicht nur in Reformhäusern oder Bioläden fündig, und auch in der Gastronomie machen sich Fortschritte bemerkbar. „Restaurants, Mensen und Schulküchen – ja sogar Fast-Food-Ketten stellen auf Bio-Produkte und vegetarische Gerichte um“, so der Studienleiter Siegmund Kolthoff von P.U.N.K.T. PR. Reichlich Spielraum für Verbesserungen gibt es trotzdem. Daher engagiert sich der VEBU in der Initiative „Donnerstag = Veggietag“ dafür, dass möglichst bald schon die nächsten deutschen Städte dem Vorbild Bremens folgen. Erste Unternehmen haben sich ebenfalls der Initiative angeschlossen, so beispielsweise der Sportartikelhersteller Puma, der in all seinen Kantinen weltweit einen Veggietag eingeführt hat. // kk

Anke Siegert

Schutzloser Thunfisch

Antrag auf Handelsverbot scheiterte auf Artenschutzkonferenz in Katar

Thunfische sind bemerkenswerte Tiere. Sie gehören zur Familie der Makrelen und Thunfische (Scombridae) und erreichen Längen von bis zu fünf Metern bei Gewichten von mehr als 800 Kilogramm. Sie können Strecken von mehr als 160 Kilometern pro Tag zurücklegen und erreichen Spitzengeschwindigkeiten von circa 65 Stundenkilometern. Thunfische stehen am Ende der Nahrungskette und jagen oft in Gruppen von 30 bis 60 Tieren, sogenannten „Schulen“. Dieses massenhafte Auftreten und der Umstand, dass die Tiere aufgrund ihrer besonderen Biologie oft an der Oberfläche der Meere schwimmen, macht sie zur leichten Beute. Hinzu kommt, dass die Laich- und Wanderrouten sowie deren zeitliche Abfolge den Fischern bekannt sind und sie die Thunfische mit ihren Netzen leicht einkesseln und abfischen können. Der World Wide Fund for Nature (WWF) gibt an, dass der gesamte Thunfischbestand bereits um fast 90 Prozent zurückgegangen ist. Am stärksten betroffen ist der Blauflossenthunfisch. Wenn dieser Trend anhält, werden sich die Bestände nie wieder erholen können. Japan ist der mit Abstand wichtigste Abnehmer mit rund 78 Prozent des weltweit verkauften frischen Thunfisches, der vor allem zu Sushi verarbeitet wird, aber auch in Europa gilt Thunfisch als beliebter Speisefisch. Alle drei Jahre treffen sich die Mitgliedstaaten des Washingtoner Artenschutzabkommens, um darüber zu beraten, welche wildlebenden Tierarten im Bestand gefährdet oder sogar vom Aussterben bedroht sind. Entsprechend der Einstufung schränken die Cites-Staaten den internationalen Handel mit diesen Arten ein oder untersagen ihn vollständig. In Doha, der Hauptstadt des Emirats Katar auf der arabischen Halbinsel, sind im vergangenen März eine Reihe von Mitgliedstaaten angetreten, um dem Blauflossenthunfisch das Überleben

zu sichern. Ausgangspunkt für die Verhandlungen bezüglich des Thunfischschutzes war ein Antrag Monacos, der ein Handelsverbot für den Fisch im Atlantik vorsah. Hierbei ist besonders das Engagement von Albert von Monaco hervorzuheben, welcher sich für die Rettung des Thunfisches einsetzt. Als erstes Staatsoberhaupt hat er das weltweite Verbot des Thunfischhandels gefordert. Die Zeitung „Frankreich Heute“ („Anjou d’hui en France“) führte bezüglich dieser Forderung bereits im Januar 2010 ein Interview mit Albert von Monaco:

„Frankreich Heute“: Warum setzen Sie sich für ein absolutes Verbot des Thunfischfanges ein?

Albert von Monaco: Weil es dringend ist. Die Durchschnittsgröße eines gefangenen roten Thunfisches ist in zehn Jahren um die Hälfte zurückgegangen. Das heißt, sie erreichen nicht einmal mehr ihre Reife. Die Wissenschaftler behaupten, dass es bis 2012 keinen lebensfähigen Fischbestand mehr geben wird, wenn nichts geschieht. 2012, das ist morgen. Man kann nicht tatenlos zuschauen, dass das Quotensystem nicht funktioniert und der illegale Fischfang weiter besteht.

„Frankreich Heute“: Was schlagen Sie vor?

Albert von Monaco: Der Fischbestand kann sich nur erholen, wenn man ihn zwei bis drei Jahre in Ruhe lässt. Deshalb hat der Staat Monaco bei der Washingtoner Artenschutzkommission einen Antrag gestellt, den roten Thunfisch an die erste Stelle zu setzen. Das hätte ein Verbot des internationalen Handels zur Folge. Italien hat sich schon bereit erklärt, den Vorschlag zu unterstützen und ich hoffe, dass alle Länder der Europäischen Union sich anschließen.

„Frankreich Heute“: Was erwarten Sie von Frankreich?

Albert von Monaco: Ich erwarte, dass Frankreich sich für die Rettung des Thunfisches einsetzt. Ich weiß sehr wohl, dass die Fischindustrie Druck auf die Politiker macht, aber ich appelliere an Frankreich und die anderen Länder, dass Problem mit Weitblick anzugehen. Denn, wenn der Thunfisch aus dem Mittelmeer verschwindet, werden andere Arten folgen. Man schätzt, dass 2049 weltweit keine essbaren Fische mehr existieren, wenn die augenblickliche Überfischung so weiter betrieben wird.

„Frankreich Heute“: Aber den Handel mit Thunfisch verbieten bedeutet auch Arbeitslosigkeit für Hunderte von Fischern.

Albert von Monaco: Ich will die Fischer nicht bestrafen. Ich will ihnen einfach nur klar machen, dass es langfristig in ihrem Interesse liegt, wenn man den Thunfischhandel so lange unterbindet, bis die Art sich erholt hat. Ich möchte nichts anderes als diesen Fisch, der ein Symbol des Mittelmeers darstellt, retten, so dass er noch den Kindern meiner Enkel zur Verfügung steht.

„Frankreich Heute“: Welche Maßnahmen haben Sie für das Fürstentum getroffen, um den Thunfisch zu retten?

Albert von Monaco: Ich habe an die Restaurants, die Caterer und die Verbrauchermärkte von Monaco appelliert, keinen Thunfisch zum Kauf anzubieten. Wir sind also das einzige Land weltweit, wo man praktisch keinen Thunfisch mehr im Handel findet.

Der französische Umweltminister Jean-Louis Borloo und sein Kollege, der Landwirtschaftsminister Bruno de la Maire, verkündeten vor der Artenschutzkonferenz in Katar, dass sie

sich entschieden hätten, sich der Position von Monaco anzuschließen: Sie wollten ihre Stimme dafür geben, dass der Thunfisch auf die erste Stelle des Washingtoner Artenschutzkommission gesetzt wird. Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Länder der Europäischen Union kündigten an, sich ebenfalls hinter den Antrag stellen zu wollen. Doch trotz dieser scheinbar hoffnungsvollen Ausgangssituation stimmten im entscheidenden Moment 68 Mitglieder gegen das Verbot, 20 dafür und 30 Länder enthielten sich. Ausgerechnet die Europäische Union zog kurzfristige wirtschaftliche Interessen dem nachhaltigen Schutz dieser wichtigen natürlichen Ressource vor und sprach

sich dafür aus, dass man noch bis 2011 weiter ermitteln solle, ob tatsächlich eine Überfischung drohe. Zurück bleibt Unverständnis und Wut. Tierschützer kritisierten die Entscheidung der CITES-Staaten vehement. „Das Votum der Vertragsstaaten ist eine Schande und setzt den König der Meere dem Untergang aus“, sagte Karoline Schacht, Fischereiexpertin der Umweltschutzorganisation WWF. Bleibt zu hoffen, dass bei der nächsten Artenschutzkonferenz noch genügend geschlechtsreife Thunfische leben werden, um ihre jeweilige Art vor dem endgültigen Ende bewahren zu können. Schließlich konnten bisher weder die umstrittenen Aquakulturen noch die bestehenden Fangquoten der Interna-

tionale Kommission für den Schutz des Thunfisches im Atlantik (ICCAT, International Commission for the Conservation of Atlantic Tunas) den anhaltenden Bestandsverlust entgegenwirken – wieso sollte dieser in den nächsten Jahren ohne klare Handelsverbote also weniger rapide ablaufen?

Das Interview erschien am 30.01.2010 in „*Anjourd'hui en France*“ und wurde von Frédérique Mouchon geführt. Die Übersetzung übernahm Liesel Wiemers.

// Anke Siegert

Bundeskontaktstelle Wasser der GRÜNEN LIGA

Vattenfall soll zahlen!

Die Bundeskontaktstelle Wasser der GRÜNEN LIGA fordert, Privilegien im Brandenburger Wassergesetz abzuschaffen

In einem Ende April veröffentlichten Positionspapier setzt sich die Bundeskontaktstelle Wasser mit dem Wassernutzungsentgelt in Brandenburg auseinander. Sie kam dabei zu dem Ergebnis, dass Bergbau und Energiewirtschaft künftig stärker für ihre Wassernutzungen zur Kasse gebeten werden müssen. Dazu ist das Land bereits aufgrund der Europäischen Wasser-Rahmenrichtlinie verpflichtet. „Vattenfalls Lausitzer Kohlekraftwerke entziehen allein durch die Kühltürme jährlich circa 92 Millionen Kubikmeter Wasser, die dann in Flüssen und im Grundwasser fehlen. Das sind drei Kubikmeter pro Sekunde, die die Spree dringend brauchen würde. Die bisherige Ermäßigung für diesen Wasserentzug muss dringend abgeschafft werden. Alle Wassernutzer sollten die gleichen zehn Cent pro Kubikmeter zahlen, die auch kommunale Wasserwerke zahlen“, sagte Tobias Schäfer

von der Bundeskontaktstelle Wasser. Im Tagebau gehobenes und in Flüsse eingeleitetes Wasser ist in der Regel als nachteilig verändert einzustufen, wofür vor allem die Salzbelastung des Spreewassers mit Sulfat verantwortlich ist. Hier drückt das Land Brandenburg bisher ein Auge zu, obwohl es mehr und mehr zu einem Problem für die Trinkwassergewinnung in Berlin und Frankfurt/Oder wird, wo Wasserwerke das Uferfiltrat des Flusses nutzen. Wenn der Trinkwassergrenzwert von 240 Milligramm pro Liter nicht mehr eingehalten werden kann, kommen große Kosten auf die Wasserwerke zu, entweder für Entsalzungsanlagen oder für eine Verlegung der Wasserfassungen. „Die Wassernutzung durch den Bergbau ist gemäß den auf EU-Ebene verabschiedeten Leitlinien als Wasserdienstleistung anzusehen. Demnach muss der Verursacher einen angemessenen Beitrag für die De-

ckung der durch die Wasserentnahmen und die Wasserspiegelabsenkung entstehenden Kosten leisten. Die Bundesländer, die bisher von dieser Sichtweise abweichen, sollten vor dem Hintergrund des gegen sie laufenden Vertragsverletzungsverfahrens hinterfragen, ob dies dem Geist der Richtlinie entspricht“, so Michael Bender, Leiter der Bundeskontaktstelle Wasser. Eine Überprüfung der Bergbau-Ausnahmen des Brandenburgischen Wassergesetzes ist im gültigen Koalitionsvertrag zwischen SPD und LINKE vorgesehen. Die GRÜNE LIGA wandte sich mit ihrem Positionspapier an die Abgeordneten des Brandenburgischen Landtages.

Das Positionspapier steht unter www.wrrl-info.de bereit. Ansprechpartner: Michael Bender und Tobias Schäfer, GRÜNE LIGA Bundeskontaktstelle Wasser, 030/ 40 39 35 30.

Natürlich engagiert!

14. Leipziger Umwelttage und 21. Ökofete

Der Ökolöwe – Umweltbund Leipzig e.V. lädt vom 5. bis 13. Juni 2010 zu den 14. Leipziger Umwelttagen. Unter dem Motto „Natürlich engagiert!“ steht ein buntes Veranstaltungsprogramm mit über 30 Angeboten zum Thema Umwelt in und um Leipzig bereit. Zum Abschluss der Umwelttage feiert der Ökolöwe am 13. Juni mit der Stiftung „Bürger für Leipzig“ einen „Tag im Park“. Um 10 Uhr startet der Sonntag im Clara-Zetkin-Park gemütlich mit einem Bürgerpicknick zugunsten von Bildungsprojekten der Stiftung. Ab 12 Uhr feiert der Ökolöwe auf der Anton-Bruckner-Allee die 21. Ökofete, das größte Umweltfest Leipzigs. Die Umwelttage sind seit Jahren ein offenes Forum für verschiedene Organisationen aus unterschiedlichen Bereichen, die in ganz Leipzig Aktionen, Diskussionen, Exkursionen uvm. organisieren. Das Motto der Umwelttage heißt in diesem Jahr Natürlich engagiert! Denn 2010 ist das UN-Jahr der Biodiversität, kurz der Artenvielfalt. Es soll uns deutlich machen, dass jeden Tag Tier- und Pflanzenarten von unserem Planeten verschwinden. Angesichts dessen möchte der Ökolöwe die Arbeit der vielen Menschen in den Mittelpunkt stellen, die sich ehrenamtlich für die Natur und Umwelt engagieren. Umweltarbeit und jede andere Vereinsarbeit funktioniert nur durch das



Mitmachen vieler Ehrenamtlicher. Egal ob in Leipzig, Kopenhagen oder Böblingen. Die diesjährigen Umwelttage finden deshalb unter dem Motto „Natürlich engagiert!“ zu Ehren aller Ehrenamtlichen statt. Seit den frühen Anfängen des Ökolöwen gibt es die Ökofete. Sie hat sich zum größten Umweltfest Leipzigs entwickelt und zieht rund 10.000 Besucher und Besucherinnen aus Nah und Fern an. Die 21. Ökofete bringt ein Kulturprogramm für Groß und Klein, eine Bühne und 100 Stände mit. Rund um die Fontäne prä-

sentieren der Ökolöwe und viele weitere Vereine, Organisationen und Unternehmen aus dem Umweltbereich ihre Themen und Visionen und fordern auf jeweils ganz eigene Weise zu einem verantwortungsvollen und nachhaltigen Umgang mit unserer Umwelt auf. Dazu gibt es diesmal Musik von Live from Las Vegas und den Lick Quarters, Bogenschießen, einen Vogelkasten-Bauwettbewerb, ein Umweltquiz, Kindertheater und eine Bastel- und Spielwiese für Kinder. Alle angebotenen Speisen und Getränke sind natürlich Bio-Produkte. Erwartet ein rauschendes Fest!

Alle Fotos stammen aus dem Archiv des Ökolöwen – Umweltbund Leipzig e.V. und wurden auf den Umwelttagen 2009 gemacht.

//Christiane Naumann

Mehr Informationen unter:
www.ökofete.de



Die Rauchschwalbe benötigt unseren Schutz

Nationale Tagung zur Rauchschwalbenforschung mit internationaler Beteiligung

Die Rauchschwalbe gilt noch heute in einigen Regionen Europas als Glücksbringer. Vielerorts warten die Menschen im ländlichen Raum jedes Jahr mit Spannung auf die Rückkehr „ihrer“ Schwalben aus Afrika. Sie verbinden mit der Ankunft der Schwalben

des Zuges zu erforschen. In den letzten Jahren konnten in 25 europäischen Ländern umfangreiche Daten zur Biologie und Ökologie der Art gewonnen und fast eine Million Rauchschwalben markiert werden. Die Tagung will Rauchschwalben- und Natur-

Zielgruppen:

- Nationale Rauchschwalbenbinger und Rauchschwalbenforscher
- Naturschutzbehörden der neuen Bundesländer
- Binger der Vogelwarte Hiddensee
- Artenschutzmitarbeiter der Naturschutzverbände
- Hochschulen des Freistaates Sachsen mit Biologie oder Naturschutzfakultäten

Ort: Kohren-Sahlis (West Sachsen)

Zeitpunkt: 18.06. bis 20.06.2010

Tagungsbeitrag: 20 Euro (ohne Mittagessen)

Anmeldung:

Eine Anmeldung zu dieser Veranstaltung ist notwendig. Wir erbitten wegen einer limitierten Platzzahl um **Voranmeldung bis 10. Juni 2010** per Fax: 035202/44 88 44 oder per E-Mail: poststelle.adl@lanu.smul.sachsen.de. Bitte geben Sie unbedingt die Tagungsnummer D 34/10 und Ihre Adresse an. Später eingehende Anmeldungen können nur bei freien Plätzen berücksichtigt werden.

Veranstaltungsort:

Die Stadt Kohren-Sahlis befindet sich in West Sachsen im Kohrener Land (auf der Hälfte der Strecke zwischen Leipzig und Chemnitz). Der Veranstaltungsort ist die Evangelische Heimvolkshochschule Ländlicher Raum in Kohren-Sahlis, Pestalozzistraße 60a, Tel. 034344/61861, www.hvhs.kohren-sahlis@t-online.de.

Weitere Informationen erhalten Sie im Internet unter: www.rauchschwalben.info und www.lanu.de. Das vollständige Tagungsprogramm können Sie unter: www.grueneliga.de -->Aktuelles-->Termine einsehen.



Foto und
Copyright:
Andreas Lamm

ein Signal für den Beginn der wärmeren Jahreszeit. Der Bestand der Rauchschwalbe hat in den letzten Jahrzehnten in großen Teilen Europas stark abgenommen. Das Sächsische Umweltministerium beziffert den Rückgang der Art für den Freistaat auf über 50 Prozent in den letzten 25 Jahren. Die Ursachen dafür werden in Änderungen der Landnutzung und in der Art der Viehhaltung im ländlichen Raum wie auch in Verlusten von Lebensräumen auf den Zugwegen gesehen. Hinzu kommt, dass Rauchschwalben noch immer in ihren Winterquartieren, so in Nigeria, der Zentralafrikanischen Republik und im Kongo in großen Stückzahlen zum menschlichen Nahrungserwerb gefangen werden. Das EURING-Projekt Rauchschwalbe wurde 1997 ins Leben gerufen, um das Leben der Rauchschwalbe am Brutplatz sowie während

schutzexperten aus der Bundesrepublik und aus dem Ausland in einer Region zusammenbringen, in der seit acht Jahren intensiv an der Art geforscht wird. Es sollen erste nationale Ergebnisse des internationalen Vorhabens diskutiert und Schlussfolgerungen für die weitere Forschung und den Schutz der Rauchschwalbe abgeleitet werden. Ansätze für Schutzkonzepte der Rauchschwalbe auf dem Zug müssen und sollen diskutiert werden. Ein Höhepunkt der Tagung: Europäische Experten, die seit Jahren an den Überwinterungsplätzen der Art in Afrika arbeiten, berichten über ihre Erfahrungen und stellen Arbeitsergebnisse vor.

Veranstalter: GRÜNE LIGA zusammen mit der Sächsischen Landestiftung für Natur und Umwelt – Akademie.

Leserbriefe – Reaktionen zu den Beiträgen im Alligator

Reaktion auf den Artikel „Veganer dürfen Porsche fahren?“, erschienen in der Alligator-Ausgabe Oktober/November 2009, von Erasmus Müller und Kati Radloff:

In *Alligatorausgabe Oktober/November 2009* haben Erasmus Müller und Kati Radloff nur die reinen Emissionen von Treibhausgasen auf Grund der Tierhaltung angesprochen, ohne weitere wichtige Aspekte zu berücksichtigen. Ich wiederhole mein Kommentar zu einem Artikel aus *Naturschutz Heute* und gebe vorher ein paar weitere Kommentare dazu.

Es ist unbestritten, dass die industrielle Landwirtschaft schädlich für Klima und Biodiversität ist. Da Kohlenstoffdioxid auch eine Rolle bei der Versauerung der Meere spielt und auch das Klima beeinflusst, ist dessen Reduzierung um so wichtiger. Deswegen ist die natürliche Speicherung von Koh-

lenstoff in Grünland wichtiger denn je. Unter diesen Aspekten ist die extensive Tierhaltung auf Grünland unverzichtbar. Selbstverständlich bedeutet dies, dass unser Fleischkonsum stark reduziert, aber nicht unbedingt eliminiert, werden soll. Unter Berücksichtigung aller Aspekte, ist dies ökologischer als rein pflanzliche Ernährung.

Mein Kommentar zum Artikel „Mit Messer und Gabel“, erschienen in der Naturschutz Heute-Ausgabe Februar 2009, von Harzmut Netz:

Es ist wahr, dass die Landwirtschaft sich negativ auf das Klima auswirkt. In Ihrem Beitrag haben Sie aber vergessen, dass die Freisetzung von natürlich gespeichertem Kohlenstoff auch massiv dazu beiträgt. Dies geschieht immer dann, wenn für die landwirtschaftliche Nutzung Wälder gerodet oder Moore, Wiesen und Weiden

in Ackerland umgewandelt werden. Und genau dies war und ist der Trend. Kühe, die eigentlich reine Grasfresser sind, stehen heute anstatt auf Wiesen in Ställen und werden mit Mais oder Soja auf Hochleistung getrimmt. Dadurch wird die Grünlandnutzung uninteressant. Extensiv gehaltene Kühe und Schafe sind unverzichtbar, um unsere Kulturlandschaften zu erhalten. Sie pflegen das Grünland und dies bindet den Kohlenstoff verstärkt im Boden. Diese Speicherung ist eigentlich wichtiger für das Klima als die Methan-Emissionen von Kühen, die überwiegend mit Gras ernährt werden. Für Mehr, siehe Stellungnahme „Klimawandel und Landwirtschaft in Europa“ und auch der kritische Agrarbericht 2009 (zum Herunterladen bei www.euronatur.org-->Publikationen-->Hintergrundinfos--> Naturschutz- und Agrarpolitik)

//Dr. Edith Borie

Der Artikel „Mit Messer und Gabel“ von Harzmut Netz, erschienen in der Naturschutz Heute-Ausgabe 2/2009, kann im Internet unter: www.nabu.de/nabu/nh/2009/2/10842.html nachgelesen werden.

Reaktion auf den Artikel „Neue Umweltschäden gefährden unsere Zukunft“, erschienen in der Alligator-Ausgabe Februar/März 2010, von Tomas Brückmann:

Hallo Herr Brückmann,

ich habe soeben Ihre Rundmail zur Umweltpolitik in Ostdeutschland gelesen. Ich muss Ihnen (leider) in allen Punkten zustimmen! Es wird Zeit, dass sich endlich was tut. Und dann bekommen wir auch noch eine schwarzgelbe Landes- und Bundesregierung! Herr Kupfer ist eine Zumutung für jeden Umweltschutzaktiven. Sein Ministerium sollte umbenannt werden.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer neuen Tätigkeit. Für Infos bin ich stets zu haben.

Beste Grüße Holger Oertel

Bundessprecherrat

Am Freitag, dem 30. April 2010, traf sich der neue Bundessprecherrat zu seiner konstituierenden Sitzung sowie zur ersten ordentlichen Sitzung. Neben dem von der Mitgliederversammlung gewählten Vorstand aus Klaus Schlüter, Grit Tetzl und Torsten Ehrke fungieren als BundessprecherInnen: Saskia Gerber, Heinz Herwig Mascher und Jörg Urban, kooptiert wurde zudem Tomas Brückmann. Die nächsten BspR-Termine sind:

Freitag, 16. Juli, 14 bis 18 Uhr, GRÜNE LIGA Berlin e.V., Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin.

Freitag, 10. September, 11 bis 15:30 Uhr, GRÜNE LIGA Sachsen e.V., Schützengasse 18, 01067 Dresden.

Freitag, 19. November, 14 bis 18 Uhr GRÜNE LIGA Bundesgeschäftsstelle, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin.

Freitag, 28. Januar, 14 bis 18 Uhr GRÜNE LIGA Bundesgeschäftsstelle, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin.

Mitgliederversammlung 2011

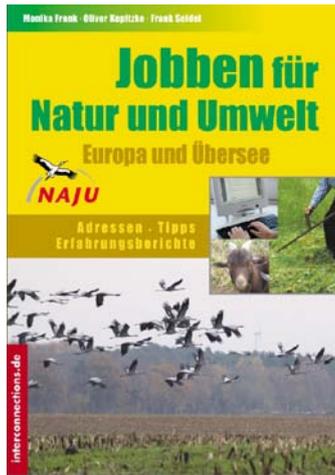
Am 30. April wurde ebenfalls vom Bundessprecherrat der Termin für die nächste Mitgliederversammlung der GRÜNEN LIGA e.V. festgelegt. Die nächste Mitgliederversammlung findet am **Samstag, dem 19. März 2011**, im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Robert-Havemann-Saal, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin von 10 bis 16:30 statt.

Wir bitten alle Regionalverbände und weiteren Mitgliedsgruppen der GRÜNEN LIGA, dies bei ihrer Jahresplanung zu berücksichtigen.

// Katrin Kusche, Bundesgeschäftsführerin

Krank Kupfer ist seit Oktober 1994 Mitglied des Sächsischen Landtages sowie Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten. Im Mai 2002 wurde er stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landesfraktion. Seit dem 18. Juni 2008 ist er sächsischer Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft.

//kk



Jobben für Natur und Umwelt

Das Schuljahr geht zu Ende und du willst in den Ferien etwas sinnvolles machen und nicht nur am Strand liegen? Oder Du weißt vielleicht noch nicht wie es nach der Schule weiter gehen soll? Dann versuch es doch einmal mit einem Engagement für Natur und Umwelt?! Man ist nicht nur draußen in der Natur sondern kann auch neue Erfahrungen sammeln und andere Kulturen entdecken. Die wichtigsten Informationen wurden in dem Ratgeber „Jobben für Natur und Umwelt“ zusammengefasst. Gerade für den in der „Ökoszene“ Unerfahrenen bietet dieses Buch zahlreiche nützliche Informationen zu Auslands- und Inlandspraktika, Workcamps oder Expeditionen in den verschiedenen Ländern. Angesprochen werden nicht nur ganz unterschiedliche Einsatzmöglichkeiten von Bürojobs über solche in Wildreservaten in Uganda oder im Regenwald in Vietnam bis zur Vogelbeobachtung in Schutzgebieten oder der Anlage von Wanderwegen in Nationalparks. Selbst der Zivildienst lässt sich im Umwelt- und Naturschutz ableisten. Ebenso thematisiert werden Vorbereitung und Finanzierung, aber auch allgemeine Hinweise werden gegeben, angefangen beim Schreiben einer Bewerbung, über die Beschaffung des Visums oder der medizinischen Vorsorge, Versicherung, Steuern und zur Wohnung.

//Alexandra Hennig

Monika Frank, Oliver Kopitzke und Frank Seidl: „Jobben für Natur und Umwelt – Europa und Übersee“, Interconnections Verlag, 232 Seiten, 15,90 Euro.



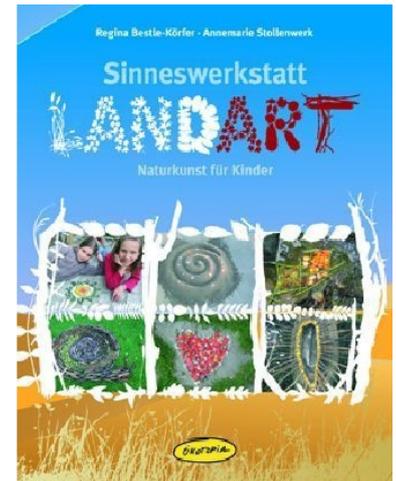
Kinderleichte Ruheerlebnisse

Mit Ruhespielen, Fantasiereisen, Mandalas und Streichelmassagen entspannen und innere Stille finden.

Die Entspannungspädagogin Andrea Erkert zeigt, wie „kinderleicht“ es sein kann, Ruheerlebnisse für Kinder zu schaffen: Behutsam führt sie Kinder zwischen 4 und 8 Jahren über einfache Wahrnehmungs- und Sinnesspiele an kurze Ruhemomente heran. Auf dieser Grundlage fällt den Kindern das Einlassen auf Ruhespiele wie Streichelmassagen, Mandalas, meditative Tänze und Fantasiereisen mit Formeln aus dem Autogenen Training nicht schwer. Alle Angebote sind in kindgerechte Themen eingebettet und lassen sich zum Teil auch in der freien Natur umsetzen. Abgerundet wird das Buch durch methodische Hinweise zu Autogenem Training, Raumgestaltung und Entspannungsmusik.

// Anke Siegert

Andrea Erkert: „Kinderleichte Ruheerlebnisse“, zahlreiche Illustrationen in schwarz-weiß von Vanessa Paulzen, Ökotopia Verlag, 109 Seiten, Preis: 16,90 Euro.



Sinneswerkstatt LANDART – Naturkunst für Kinder

Die „Sinneswerkstatt Landart“ eröffnet Kindern wie Erwachsenen eine sinnlich-kreative Form der Naturerfahrung. „Landart“, in den 70er Jahren in Europa durch Andy Goldsworthy verbreitet, stellt eine „Natur-Kunst“ dar, die sich von der Formen-, Farben- und Materialvielfalt in der Natur inspirieren lässt. Fantasivolle Spiele, Gestaltungsaktionen, Gedichte und Geschichten sowie spannende Sachinfos führen Kinder und PädagogInnen mitten in die Natur. Sie werden zu Sachsuchern in der „Sehschule“, forschen nach Tierformen und Gesichtern in Baumrinden und Wurzeln und gestalten aus Linien, Spiralen, Kreisen oder Herzen spielerisch-kreative Naturkunst. Aus Naturmaterialien entstehen Blütenschreibereien, Steinmonumente, Sandspiralen, Riesenmandalas und vieles mehr. Vierfarbige Fotos zeigen die Natur aus ungewöhnlichen Blickwinkeln und dokumentieren die Gestaltungsfreude und Ästhetik von Landart-Aktionen mit Kindern.

// Anke Siegert

Regina Bestle-Körfer und Annemarie Stollenwerk: „Sinneswerkstatt LANDART“ mit Illustration von Kerstin Heinlein, Ökotopia Verlag, Preis: 18,90 Euro.

35. WRRL-Seminar der Bundeskontaktstelle Wasser: EU-Gesetzgebung – Gefahr oder Chance für den Gewässerschutz?

Hintergründe zu laufenden Gesetzgebungsverfahren und Diskussion mit Bundestagsabgeordneten:

Soll der Eintrag von Schadstoffen ins Grundwasser verursachernah geregelt werden oder droht eine Angleichung des Schutzniveaus auf dem kleinsten gemeinsamen EU-Nenner? Welche Regelungen sind in Deutschland zu den EU-weit vereinbarten prioritären Stoffen der Wasserrahmenrichtlinie vorgesehen? Werden besonders gefährliche Biozide künftig verboten oder steht eine vereinfachte EU-Zulassung mit Erlaubnis verharmlosender Werbung an? Kann das neue Wasserhaushaltsgesetz die Wanderung der Fische in den Bundeswasserstraßen befördern? Sorgen verbesserte Transparenz, öffentliche Teilhabe und die Anwendung des Verursacherprinzips nach EG-Wasserrahmenrichtlinie für gerechtere Wasserpreise? Diese Fragen sind mit aktuell laufenden Gesetzgebungsprozessen auf EU-Ebene und im Bundestag verbunden und werden aus Sicht des Bundesumweltministeriums, der Wasserwirtschaft und der Umweltverbände dargelegt. Anschließend findet eine Diskussion unter Beteiligung von Abgeordneten des Deutschen Bundestags statt.

Wann: 30. Juni 2010. Wo: Haus der Demokratie und Menschenrechte, Robert-Havemann-Saal, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin. Beginn: 10 Uhr bis voraussichtlich 20:30 Uhr.

Ansprechpartner: Bundeskontaktstelle Wasser: Michael Bender und Tobias Schäfer, Telefon: 030/40 39 35 30 oder per E-Mail: wasser@grueneliga.de.

Lärmspaziergang für Mitwirkung bei der Umgebungslärmrichtlinie

In den letzten Jahrzehnten hat die Belastung der Bevölkerung durch Lärm erheblich zugenommen. In Deutschland sind nach Berechnungen des Umweltbundesamtes rund 13 Millionen Menschen allein schon durch Straßenverkehr mit Geräuschpegeln belastet, die lärmbedingte Gesundheitsrisiken und zunehmende Schlafstörungen verursachen. In anderen Ländern Europas sieht es nicht besser aus.

Die Umgebungslärmrichtlinie geht in die zweite Phase. Die noch nicht abgeschlossene erste Phase wird gemeinhin als Testlauf gesehen. Es gilt, Mängel der ersten Phase abzustellen. Dazu will die GRÜNE LIGA einen Beitrag leisten und Bürgerinnen und Bürger über die Situation in ihren Städten informieren. Die Mitwirkung im Rahmen der Umgebungslärmrichtlinie verfolgt den Managementansatz. Das ist für deutsches Recht eine neue Eigenschaft. Es gibt keinen Eingriffszwang und keine rechtli-



chen Verpflichtungen, Maßnahmen durchzuführen. Das stellt alle Beteiligten, insbesondere die Verwaltungen der Gemeinden und Kommunen, vor neue Herausforderungen. Deshalb ist besonders die interessierte Öffentlichkeit gefordert, auf die Umsetzung zu achten. Dies kann auf der politischen Ebene mit der Verwaltung geschehen.

Für die Mitwirkung braucht die Umgebungslärmrichtlinie MitbürgerInnen die sich engagieren. Dazu ist es nötig, nicht nur die Mitglieder der Umweltverbände und Parteien, sondern möglichst viele BürgerInnen für das Thema zu interessieren. Wichtig ist zudem, die Frustration Lärmbetroffener zu senken und aufzuzeigen, dass es Lösungsmög-

lichkeiten für Lärmgeplagte gibt. Für die inhaltliche Vorbereitung der Mitwirkung bietet die GRÜNE LIGA Lärmspaziergänge an. Ein erster Spaziergang fand am 28. April in Leipzig statt (siehe Fotos).

Zudem wird eine Anleitung angeboten, um selbst Lärmspaziergänge durchführen zu können.

Meldet Euch, wenn Ihr Interesse habt, dass wir mit Euch einen Lärmspaziergang in Eurer Stadt organisieren. marc.wiemers@grueneliga.de

// Marc Wiemers

*Impressionen
Lärmspaziergang
Leipzig.
Fotos:
Angelika Kell*

Bundesverband

GRÜNE LIGA e.V.

Bundesgeschäftsstelle (BGSt)

Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

☎: 030/2044745
☎: 030/2044468
✉: bundesverband@grueneliga.de
oeffentlichkeitsarbeit@.....
material@grueneliga.de
alligator@grueneliga.de

Bundeskontaktstellen/ Facharbeitskreise:

BKSt. Agro-Gentechnik
Torsten Kohl
c/o GRÜNE LIGA Dresden/
Oberes Elbtal e.V.
Schützengasse 16/18
01067 Dresden
☎: 0351/49 43 353 ☎: -400
✉: dresden@grueneliga.de

BKSt. Gesteinsabbau
Uli Wieland
Lutherstraße 63, 07743 Jena
☎: 01522/1960531
✉: gesteinsabbau@grueneliga.de

BKSt. Internationale Arbeit
Annette Baumann
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
☎: 030/443391-70 ☎: -75
✉: gl.internat@grueneliga.de

BKSt. Luftverkehr
Frank Welskop
c/o GRÜNE LIGA Berlin e.V.

BKSt. Nach. Reg. Entwicklung
Tomas Brückmann
c/o ÖKOLÖWE (s.u. Sachsen)
✉: Tomas.Brueckmann@grueneliga.de

BKSt. Pflanzenöl
Michel Matke
c/o INOEL Pflanzenöltechnik
Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig
☎: 0341/30654 20
☎: 0341/30654-21
✉: pflanzenoel@grueneliga.de

BKSt. Verkehr u. Siedlungsentwickl.
Fritjof Mothes
Hinrichsenstraße 3
04105 Leipzig
☎: 0341/2111800
✉: verkehr@grueneliga.de

BKSt. Wasser
Michael Bender
Bundesgeschäftsstelle
GRÜNEN LIGA
✉: wasser@grueneliga.de
☎: 030/40 39 35 30

BKSt. Umweltbibliotheken
Katrin Kusche, c/o BGSt.

Facharbeitskreis Energie
Hardy Rößger und Tilo Wille;
Tilo Wille, c/o Ökolöwe Leipzig
☎: 0341/3 06 51 80 ☎: -79
✉: info@oekoloewe.de

Facharbeitskreis Landwirtschaft
heute & morgen, Jens Heinze
c/o Umweltbildungshaus
Johannishöhe
✉: jens@johannishoehe.de

Facharbeitskreis Ökologischer
Landbau und Tourismus
Matthias Baerens, s. u. ECEAT
✉: baerens@baerfuss.de

Weitere Mitgliedsgruppen:

BI Kein Giftmüll nach Nessa
Uwe Claus
✉: kein-giftmuell-in-nessa@arcor.de

Bundesverband Pflanzenöle e.V.
Quenteler Straße 10
34320 Söhrwald
☎: 05608/35 24
✉: info@bv-pflanzenoele.de

ECEAT Deutschland e.V.
Möwenburgstraße 33
19006 Schwerin

GRÜNE LIGA Dresden/
Oberes Elbtal e.V.
Schützengasse 16/18
01067 Dresden
☎: 0351/49 43 353 ☎: -400
✉: dresden@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Osterzgebirge e.V.
Große Wassergasse 19
01744 Dippoldiswalde
☎: 03504/618585
✉: osterzgebirge@grueneliga.de

Naturschutzstation Zippendorf e.V.
Am Strand 9, 19063 Schwerin
☎: 0385/2013052 ☎: -2075571
✉: Naturschutzstation.Zippendorf@t-online.de

Netzwerk der Initiativgruppen
Gesteinsabbau e.V.
Uli Wieland
Lutherstraße 63, 07743 Jena
☎: 01522/1960531
✉: gesteinsabbau@grueneliga.de

Umweltbildungshaus
Johannishöhe, 01737 Tharandt
☎: 035203/3 71 81
☎: 035203/3 79 36
✉: info@johannishoehe.de

Regionalverbände

GRÜNE LIGA Berlin e.V.

Landesgeschäftsstelle
Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
☎: 030/443391-0 (Zentrale)
☎: 030/443391-33
✉: berlin@grueneliga.de

**ALLIGATOR, c/o GRÜNE LIGA e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
PVSt, Deutsche Post AG, „Entgelt bezahlt“ A14 600**

Grünes Haus für Hellersdorf
Boitzenburger Straße 52 - 54
12619 Berlin
☎: 030/56499892
☎: 030/56499950
✉: gruenes.haus@alice.de

Bezirksgruppe Weißensee/
BAUM, c/o Petra König,
Aubertstraße 37, 13127 Berlin
☎: 030/9253070
☎: 030/96793079
✉: koenig.petra@berlin.de

GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Potsdam
Haus der Natur, Lindenstraße 34
14467 Potsdam
☎: 0331/20 155 20 ☎: -22
✉: potsdam@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Meckl.-Vorp. e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Schwerin
Postfach 010243
19002 Schwerin
✉: mecklenburg-vorpommern@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Sachsen e.V.

Landesgeschäftsstelle
Schützengasse 18
01067 Dresden
☎: 0351/49 43 350 ☎: -450
✉: sachsen@grueneliga.de

Regionalbüro Chemnitz
Henriettenstraße 5
09112 Chemnitz
☎: 0371/304470
✉: chemnitz@grueneliga.de

Regionalbüro Leipzig
Ökolöwe-Umweltbund Leipzig e.V.
Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig
☎: 0341/3 06 51 85 ☎: -79
✉: info@oekoloewe.de

Regionalbüro Oberlausitz
Czornebohstraße 82 -
Sternwarte, 02625 Bautzen
☎: 03591/605860
☎: 03591/607050
✉: oberlausitz@grueneliga.de

GRÜNE WELLE Umweltverein e.V.
Straße der Einheit 18
04769 Naundorf
☎: 03435/920089
☎: 03435/931751
✉: gruene.welle@grueneliga.de
oder: vs.gruene.welle.Umwelt@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Hirschstein e.V.
Neuhirschsteiner Straße 25
01594 Hirschstein
✉: hirschstein@grueneliga.de

Büro IG Stadtökologie Zwickau
Kleine Biergasse 3, 08056 Zwickau
☎: 0375/27721-71
☎: 0375/27721-77
✉: ig.stadtoekologie@arcor.de

Initiativgruppe Grüne Aktion
Westerzgebirge e.V.
PSF 1239, 08306 Eibenstock
☎: 037752/55952

GRÜNE LIGA Thüringen e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Weimar
Goetheplatz 9b, 99423 Weimar
☎: 03643/4 92 796
☎: 03643/5 31 30
✉: thuringen@grueneliga.de

Büro Arnstadt
IG Stadtökologie Arnstadt e.V.
Ritterstraße 14
99310 Arnstadt
☎: 03628/640723
☎: 03628/746283
✉: arnstadt@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Erfurt
✉: erfurt@grueneliga.de

Regionalbüro Eichsfeld
Kastanienhof, 37318 Marth
☎: 036081/6 06 15 ☎: -18
✉: region.eichsfeld@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Sachsen - FÖJ e.V.
Chemnitzer Straße 40
09599 Freiberg
☎: 03731/797292
☎: 03731/797292
✉: info@gruene-liga.de

Projektbüro LA 21 Südwest
Bahnhofstraße 16, 98527 Suhl
☎: 03681/353971